

# Auer Tageblatt

Belegungen nehmen die Post...  
und für Anzeigen die Post...  
entgegen. — Erscheint wochentags.  
Fernsprecher-Anschluss Nr. 55.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Belegungen nehmen die Post...  
und für Anzeigen die Post...  
entgegen. — Erscheint wochentags.  
Fernsprecher-Anschluss Nr. 55.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 174

Freitag, den 27. Juli 1928

23. Jahrgang

### Der Stand der Vorbereitungen zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes.

Paris, 26. Juli. Im Anschluß an den gestrigen Empfang des amerikanischen Botschafters Herrick bei Briand macht der „New York Herald“ ausführliche Mitteilungen über den Stand der Vorbereitungen zur Unterzeichnung des Kriegsschlichtungspaktes. So erklärt das Blatt, daß die von der französischen Regierung an die neun Mächte gesandte Einladung zur Vornahme der Unterzeichnung des Kriegsschlichtungspaktes in Paris nunmehr von allen mit Ausnahme Polens, dessen Zustimmung dieser Tage erwartet werde, angenommen worden sei. Aus den Äußerungen der Mächte geht hervor, daß die Unterzeichnung des Paktes durch die

Anwesenheit von mindestens sechs Außenministern eine Bedeutung erlangen werde, die sich nur mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages vergleichen lasse. So gut wie sicher ist, daß außer Stresemann, Briand und Chamberlain auch die Außenminister von Belgien und der Tschechoslowakei nach Paris kommen werden. Durch die Zusage Dr. Stresemanns sei das letzte Hindernis für Abhaltung der Feierlichkeiten aus dem Wege geräumt. Das Datum der Unterzeichnung, die im Uhrensaal des französischen Außenministeriums erfolgen soll, ist vorläufig auf den 27. August festgelegt.

### Die Kommunisten fordern Landtagseinberufung für den 9. August.

Der fällige Mißtrauens- und Auflösungsantrag.

Dresden, 26. Juli. Die kommunistische Landtagsfraktion hat am Dienstag von dem Landtagspräsidenten Schwarz in folgendem Schreiben die Einberufung des Sächsischen Landtages gefordert.

„Die sächsische Regierung hat im Reichsrat bei der Abstimmung über die Lohnsteuerentlastung gegen dieselbe gestimmt. Die Haltung der Regierung veranlaßt die kommunistische Landtagsfraktion zu fordern, daß der Landtag zusammentritt. Wir bitten Sie, für Dienstag, den 9. August eine Volltagung mit der Tagesordnung:

1. Mißtrauensantrag gegen die Weltregierung,
2. Auflösung des Landtages

anzuberaumen. Entsprechend diesem Schreiben hat die Landtagsfraktion der SPD. einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett und einen Antrag auf Auflösung des Landtages eingebracht. Dieser kommunistische Antrag genügt an sich noch nicht, den Zusammentritt des Landtages zu erzwingen, da nach der Ver-

fassung wenigstens ein Drittel der Zahl der Abgeordneten dazu erforderlich ist, die Kommunisten aber nur über 13 von insgesamt 98 Mandaten verfügen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die 81 Mann starke Fraktion der Sozialdemokraten die Forderung unterstützt. Die Sozialdemokraten sind nun in eine peinliche Lage geraten. Ihre Presse hat erklärt, daß sie keinen Wert auf die Unterbrechung der Landtagsferien lege, da die Ablehnung eines Mißtrauens- oder Auflösungsantrages trotz des radikalen Gehabens einiger linksdemokratischer Zeitungen doch sicher sei. Beharrt die Sozialdemokratie auf diesem — übrigens ganz vernünftigen — Standpunkt, dann wird ihr die kommunistische Konfession vorwerfen, sie selbst habe kein Interesse am Sturz der Regierung. Unterstützt die Sozialdemokratie aber den kommunistischen Einberufungsantrag, dann werden die Kommunisten sagen „Also erst unsere Initiative hat euch aus dem Schlafe geweckt und euch gezwungen, von Worten zu Taten überzugehen.“ Man darf neugierig sein, wie sich die Sozialdemokraten aus dem Dilemma herausheilen werden.

### Eine vernünftige englische Stimme zur Anschlußbewegung.

London, 25. Juli. „Manchester Guardian“ erklärt zu den Anschlußdemonstrationen in Wien, daß beide Länder nicht durch reaktionäre, sondern durch liberale Kräfte zueinander gezogen würden. Die Träger der Anschlußbewegung in beiden Ländern seien die republikanischen Mehrheiten. Durch die neue deutsche demokratisch-sozialistische Regierung sei die Bewegung machtvoll aufgelebt. Die deutschen Konservativen unterstützen die Bewegung nur, weil dem Anschluß von Frankreich, Italien und ihren Verbündeten Widerstand geleistet werde. Es sei daher falsch, die Bewegung mit Pangermanismus oder deutschem Nationalismus zu identifizieren. Der Anschluß bedeute für niemanden eine Gefahr, würde vielmehr nicht nur für beide Länder, sondern ganz Europa gut sein. Österreich und Deutschland gehören zusammen und ihre gemeinsame Zivilisation, ihr erfolgreicher Kampf für die Demokratie und ihre gemeinsamen materiellen Interessen bringen sie zusammen.

Der Anschluß werde ein Schritt auf dem Wege zur Entballanisierung Europas sein und werde die Heberlage der Separation und des Nationalismus nördlich des Brenners und westlich der Weichsel vollenden. Die Demonstrationen in Wien seien ein Zeichen dafür, daß die große Idee mehr Vitalität denn je besitzt. Die formale Union beider Länder sei ohne Zustimmung des Völkerbundes nicht möglich, aber die immer enger werdende Kooperation und der Zusammenschluß der gemeinsamen Interessen sollte von allen denen willkommen heißen werden, die die dunklen, argwöhnlichen Grundzüge tyrannischen Mißtrauens nicht sanktioniert haben. Der Zusammenschluß beider Länder sollte schließlich nur eine Formalität werden, die der Völkerbundsrat aus allgemeiner Rücksicht nicht ablehnen könnte.

### Lord Balfours 80. Geburtstag.

London, 25. Juli. Lord Balfour, der heute seinen 80. Geburtstag feiert, nahm am Vormittag an einem in der Downingstreet abgehaltenen Kabinettsrat teil. Das Glückwunschtelegramm des Königs nennt Balfour „einen alten Freund“ und „treuen und geschätzten Ratgeber dreier Souveräne“. Heute nachmittag wurde Lord Balfour als Geschenk seines Gewands in seinem Haus ein Kraftwagen übergeben.

### Die Entschädigungszahlungen des amerikanischen Treuhänders.

Washington, 25. Juli. Die bisher auf Grund des Freigabegesetzes erfolgten Zahlungen betragen 3 983 903 Dollar. Es wurden 84 Ansprüche erledigt; bei 28 von diesen handelte es sich um Beträge von weniger als 2000 Dollar, die voll ausgezahlt wurden. Von den Beträgen, die zur Erledigung der übrigen sechs Ansprüche zur Auszahlung kamen, wurden gemäß den Bestimmungen des Freigabegesetzes 20 Prozent zur Deckung etwaiger Forderungen der Steuerbehörde zurückgehalten. Der Gesamtwert des beschlagnahmten ausländischen Privateigentums, das nunmehr freigegeben werden soll, wird auf 350 Millionen Dollar geschätzt, auf die 40 000 Ausländer, meist Deutsche, Anspruch haben. Der Treuhänder des beschlagnahmten Eigentums, Sutherland, hofft, diese Ansprüche innerhalb von drei Jahren erledigen zu können. Die erste große Zahlung, die, wie bereits gemeldet, an die Frau Aaron Hirsch u. Sohn, Halberstadt-Berlin, geleistet wurde, betrug 2 804 074 Dollar.

### Der Völkerbunds-ausschuß für internationale geistige Zusammenarbeit.

Genf, 25. Juli. Der Völkerbunds-ausschuß für internationale geistige Zusammenarbeit ist heute zu seiner Tagung zusammengetreten. An Stelle des verstorbenen Präsidenten, des holländischen Pflanzers Professor Lorenz, wurde der Althilologe Professor Murray Oxford einstimmig zum Vorsitzenden gewählt, während zu Vizepräsidenten Frau Professor Curie-Paris und der frühere belgische Unterrichtsminister Desree bestellt wurden. Das deutsche Ausschußmitglied Professor Einstein ist durch den Generaldirektor der preussischen Staatsbibliotheken, Professor Kräß, vertreten. Der Eröffnungssitzung wohnte auch der deutsche Untergeneralsekretär Dufour-Beronec bei, zu dessen Ressort der Ausschuß gehört. Bei Genehmigung der Tagesordnung entspann sich eine längere Debatte über die Frage, inwieweit sich der Ausschuß mit den materiellen und moralischen Interessen der geistigen Arbeiter befassen kann, wobei auch auf journalistische Anstellungsverträge eingeworfen wurde. Schließlich wurde noch die Gründung verschiedener Gruppen für internationale geistige Zusammenarbeit mitgeteilt, darunter einer deutschen unter dem Vorsitz des Professors Hornig und Professors Brand.

### Deutschland und die internationale Wirtschaftspolitik.

Von Dr. Kätz, Reichsminister a. D.

Zur Durchführung der Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz besteht beim Völkerbund ein Beratender Wirtschaftsausschuß. Vom 14. bis 19. Mai d. J. hat er seine erste Sitzung in Genf abgehalten. Zu dem Bericht über diese Tagung hat die Reichsregierung ein Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beigefügt, das sich in bemerkenswerten Ausführungen über das deutsche Wirtschaftsproblem im Zusammenhang mit der weltwirtschaftlichen Entwicklung verbreitet. Das deutsche Wirtschaftsproblem ist ebenso sehr ein Export- wie ein Produktionsproblem. Steigerung der Produktion, der landwirtschaftlichen wie der industriellen, ist mit höchster Anstrengung anzustreben. Aber von der gleichen Wichtigkeit ist es, Arbeit und Kapital, die beide nicht in beliebigem Umfang zur Verfügung stehen, auf die ökonomisch rentabelste Weise zu verwenden. Das weist die deutsche Produktion auf die Notwendigkeit hin, immer stärker auf die Herstellung solcher Erzeugnisse bedacht zu sein, die der ausländischen Konkurrenz überlegen, zum mindesten gewachsen sind, also Qualitätsware zu erzeugen und diese Qualitätsware billig zu erzeugen, und zwar nicht nur für Fertigwaren, sondern insbesondere auch für Halbzeuge und Zwischenprodukte, so daß die deutsche Produktion selbst mit niedrigen Herstellungskosten rechnen kann und sie auch den für Deutschland unentbehrlichen Export zu erreichen vermag.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß diese notwendige Steigerung durch eine gleichzeitige Stärkung des Inlandsab Absatzes nicht erschwert, sondern erleichtert wird. Die Möglichkeit besserer Ausnutzung der produktiven Kräfte mittels betrieblicher und volkswirtschaftlicher Rationalisierung ist auf der Seite der Gütererzeugung vorhanden. Je größer durch Zunahme des Massenverbrauches der Absatz überhaup ist und je mehr demnach die Produktion ausgedehnt werden kann, desto stärker ist auch der Anreiz zur Rationalisierung, desto geringer werden die Generalunkosten pro Erzeugungseinheit, desto billiger wird die Produktion. Auch der sozialen Struktur der deutschen Bevölkerung sind die Vorteile von entscheidender Bedeutung für die allgemeine Kauf- und Verbrauchskraft. Die Volkspolitik muß auch diesen produktionsfördernden Charakter guter Löhne in Rechnung stellen.

Neben der Rationalisierung der Produktion bleibt auch die Rationalisierung des Verteilungsprozesses ein Erfordernis von hoher Bedeutung, sowohl für die Erhaltung und Steigerung der Realeinkommen wie für die Senkung der Produktionskosten und der Preise und damit für die Steigerung der Exportfähigkeit der deutschen Erzeugung.

Dem zwangsläufig starken Exportbedürfnis Deutschlands muß auch die deutsche Handelspolitik dienen, ohne dabei den Binnenmarkt zu vernachlässigen. Sie muß mit allen Kräften darauf hinarbeiten, die freie Gestaltung des internationalen Warenaustausches zu erreichen, die die Weltwirtschaftskonferenz in den Mittelpunkt ihrer Entscheidungen gestellt hat. Denn unter den Hemmnissen, die dieser Freiheit heute entgegenstehen, leidet das auf großen Export angewiesene Deutschland ganz besonders. Abbau der den Export erschwerenden oder ganz unmöglich machenden fremden Handelshemmnisse und Abbau der ausländischen Zollschranken ist darum für Deutschland viel wichtiger als die Aufrechterhaltung zu hoher eigener Zölle. Das gilt sowohl für die industrielle wie für die landwirtschaftliche Erzeugung. Die deutsche Handelspolitik muß deswegen dahin gerichtet sein, Zollherabsetzungen zu vermeiden und überall dort, wo er die wirtschaftlichen Interessen irgendwie gestatten, die bestehenden Zölle herabzusetzen. Nur ausnahmsweise können auch handelspolitische Abwehrmaßnahmen dann in Betracht gezogen werden, wenn ausländische Produktionen durch Dumping oder durch einen Nachkriegsboom den Weltmarkt, insbesondere unter Ausnutzung einer Monopolstellung, vorübergehend besondere Kampfverhältnisse schaffen. Die deutsche Handelspolitik muß weiter bestrebt sein, auf dem Wege von Handelsverträgen Zollherabsetzungen und Zollbindungen des Auslandes in möglichst großem Umfang gegen entsprechende eigene Konzeptionen zu erlangen. Schließlich muß Deutschland unter Berücksichtigung der Lage seiner Volkswirtschaft und der Weltwirtschaft auch den Weg autonomer Herabsetzung bestehender Zölle beschreiten.

Mit der Erkenntnis dieser wirtschaftlichen Notwendigkeiten allein ist nicht getan, wenn nicht die praktische Handelsvertrags- und Zollpolitik aller beteiligten Staaten die nötigen Konsequenzen zieht. Der